



„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ Karl Marx

Betriebsflugblatt
der
Sozialistischen
Arbeiterstimme
DB Regio und S-Bahn

5. März 2014

Ukraine – Kampf um die Macht

Die Nachrichten aus der Ukraine überschlagen sich in den letzten Tagen. Was mit Protesten und Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Regierung begann, wurde schnell zu einem Ringen der Großmächte um ihren Einfluss auf das Land am schwarzen Meer. Während die USA und die EU Russland mit Sanktionen drohen und den G8 Gipfel auf Eis legen wollen, stehen russische Truppen auf der Krim, einer Halbinsel im Süden der Ukraine. Beide Seiten tun so, als würden sie für Menschenrechte und Demokratie eintreten, aber niemand redet davon, die wirklichen Probleme der Bevölkerung lösen zu wollen.

Die Situation der Bevölkerung...

Der bisherige Präsident Wiktor Janukowitsch schien bis vor ein paar Monaten noch für alle Welt fest im Sattel zu sitzen. Doch schon Ende November 2013 zeigten hunderttausende Menschen mit Großdemonstrationen in der Ukraine, wie unzufrieden sie mit ihrer Lebenssituation und dem Handeln der PolitikerInnen sind. Und die Wut der Bevölkerung ist gut zu verstehen. Im Jahr 2012 bezogen 80% der RentnerInnen des Landes eine staatliche Mindestrente von 81€. Die Kindersterblichkeit ist fast vier Mal so hoch wie in Deutschland und die Lebenserwartung zehn Jahre niedriger. Auf der einen Seite steht also die Bevölkerung, die zu einem immer größeren Teil in Armut lebt. Auf der anderen Seite stehen die KapitalistInnen, die immer größere Mengen an Reichtum anhäufen. Angeführt werden sie von einigen Oligarchen, die mit ihrem Einfluss die Ukraine real beherrschen. Abgeordnete, Printmedien, TV-Sender – all das steht unter ihrer Kontrolle. Auf dem Korruptionsindex von „Transparency International“ ist die Ukraine das europäische Land mit dem höchsten Wert. Es ist deshalb gut zu verstehen, dass der Hass der DemonstrantInnen der gesamten politischen Elite gilt.

...und der Kampf auf der Straße

Die Bewegung auf dem Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz im Zentrum von Kiew, ist jedoch keineswegs so unkritisch zu bejubeln, wie das in den deutschen Medien der Fall war. Die präsenteste politische Kraft in der Bewegung ist die Rechte. Nationalistische bis hin zu offen faschistischen Gruppen spielen eine wichtige Rolle, vor allem in den Kämpfen mit der Polizei. Gleichzeitig sind es auch diese Gruppen, die linke und gewerkschaftliche AktivistInnen zum Teil mit Gewalt von den Protesten vertreiben und die der gesamten Bewegung eine nationalistische Stoßrichtung

geben und somit dafür sorgen, dass die sozialen Forderungen und Probleme der Bevölkerung außen vor bleiben.

Jedoch lässt sich sagen, dass die Bewegung auf dem Maidan sehr gut organisiert gewesen ist. An einem Tag haben die Protestierenden mittels bewaffneter Einheiten ein Regierungsgebäude nach dem anderen eingenommen, Straßensperren errichtet und die Kontrolle über die Hauptstadt übernommen. Die dominanten Kräfte vom Maidan wussten, wie ein Umsturz zu machen ist. Ihnen war klar, dass die beste Verteidigung gegen ein gewalttätiges Regime mitunter darin liegt, selbst in die Offensive zu gehen.

Spielball der Weltmächte

USA, EU und IWF (Internationaler Währungsfonds) sind nach dem Rücktritt der Regierung und der Flucht des Präsidenten natürlich zur Stelle, um ihre Einfluss zu festigen. Dazu wurden Kredite angeboten, die wie üblich an Bedingungen geknüpft sind. Was unter dem Deckmantel der Demokratie verkauft wird, sind in der Realität Privatisierungen, Kürzungen im Sozialsystem, Öffnung der Märkte für internationale Konzerne und so weiter.

Und auch Putin ist nicht daran interessiert, die soziale Lage der Bevölkerung positiv ändern zu wollen, sondern er will die Interessen der russischen Unternehmen schützen und den Einfluss Russlands in der Region sichern.

Soziale Forderungen statt nationalistischer Hetzre

Wie beeindruckend der Kampf auf dem Maidan auch sein mag, erfolgreich für die normale Bevölkerung wird er mit seiner nationalistischen Ausrichtung nicht sein können. Die Oppositionspolitiker, die von Westen als FührerInnen der Bewegung akzeptiert werden, gehören zu der gleichen wirtschaftlichen und politischen Elite, die das Land seit Jahren regiert. Der Kampf, der geführt werden muss, ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Macht der KapitalistInnen und Oligarchen. Sie sind es, die von der Situation profitieren und sich selbst bereichern, während die Bevölkerung immer ärmer wird. Diesen Kampf zu führen bedeutet aber auch, sich nicht mit nationalistischen Scheinlösungen abspesen zu lassen. Nur wenn die Beschäftigten aller Nationalitäten gemeinsam ihre politischen und vor allem auch sozialen Forderungen in den Vordergrund stellen, können sie die Situation wirklich verändern.

Von Kollegen für Kollegen...

Kapitalistenwitz

Ein Kapitalist, ein Bild-Leser und ein Asylbewerber sitzen am Tisch. Auf dem Tisch liegen 12 Kekse. Der Kapitalist nimmt sich 11 Kekse und sagt zu dem Bild-Leser: "Pass auf, der Asylbewerber will deinen Keks!"

DB Kekse für alle!

Grube bekam im letzten Jahr etwa 900.000 € Festvergütung, 1.240.000 € Boni und knapp 500.000 € Langfristantieme. Macht ca. 2.600.000 Kekse!

Grube soll allerdings von diesem Jahr an sogar rund 20 Prozent mehr bekommen! Das würde seine geringeren Boni wegen des gesunkenen Unternehmensgewinns ausgleichen.

Ende 2012 ging die Schlagzeile durch die Presse: Das DB-Management macht ihre Bezahlung vom Erfolg abhängig! Wir sollten glauben, „überall“ würde gespart. Gemeint war, dass wir die Klappe halten und keine Lohnforderungen stellen. Angeblich verdienen Regio und andere Bahntöchter nichts mehr und wir sollen uns zurückhalten.

Nichts als eine Lüge, um unsere Köpfe in das Denkmuster des Kapitals einzulullen.

Wir haben keinen Grund, bei unseren Löhnen bescheidener als Grube zu sein...

Wer nicht die Klappe hält kommt in die Klapper

Ein Tf der schweizerischen Rhätischen Bahn machte das Management auf Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften aufmerksam, wie Türen, die sich während der Fahrt öffnen lassen und Bremsen, die bei Frost nicht mehr richtig funktionieren.

2012 flog er raus. Erst als sich die Gewerkschaft einschaltete, wurden die Mängel nach und nach behoben. Der Tf machte weiter. Seine ehemaligen Kollegen gaben ihm Infos. Daraufhin zeigte die RhB ihn „zum Schutz der eigenen Mitarbeitenden und des Unternehmens“ wegen versuchter Nötigung an.

In Handschellen wurde er in eine psychiatrische Klinik gebracht und 13 Tage festgehalten. Die Ärzte stellten fest, dass er psychisch völlig gesund ist.

Der Tf: „*Hinter der Aktion steckt die Geschäftsleitung der RhB. Die wollen mich mundtot machen.*“

Die wirklichen Verbrecher sitzen in den Chefetagen und sie können nicht mal verminderte Schuldfähigkeit geltend machen, weil sie eine Meise hätten.

Abflug

Nun fliegen unseren Optimierern bei Regio die Schichten um die Ohren, die eine Pause in Schönefeld beinhalten.

Das Durchbezahlen der Pause wie bisher war eine Zumutung. Denn die Schichten auf der RB10/14 machen einen so schon kaputt. Hängt man dann die Pause auf dem Zug rum, benötigen alle Nase lang Fahrgäste Auskünfte, weil zu wenig Servicepersonal vor Ort ist. Eine Pause war das nie.

Ab dem ersten April ist nun Schicht im Schacht. Das Gebäude wird gesperrt.

Wir dürfen uns auf keinen faulen Kompromiss mehr einlassen. Der Sinn einer Pause ist nicht, sie bezahlen zu lassen. Und die Gefahr besteht, dass eine Pause auf dem Zug irgendwann zur Regel wird (siehe Betriebsvereinbarung zur Ausschreibung RE6). Wir brauchen unsere Pausen!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org
flugblatt_bahn@gmx.de

Wenn die Schlipsträger wieder jammern sollten, dass das alles mit den Verzögerungen des BBI zusammenhänge, dann gibt es nur eine Antwort: Regelt das mit euren Kumpels im Anzug wie Mehdorn und Wowereit.

DB will, dass wir streiken

Seit fast 5 Jahren hat die DB angeblich eingesehen, dass es eine Absicherung der Lokführer bei Fahruntauglichkeit geben muss. Nur das Niveau, auf dem sich das bewegen soll ist das Problem. Die DB lotet immer wieder neu aus und schraubt permanent ihre Angebote nach unten.

In der gefühlt tausendundersten Verhandlungsrunde geht das Rumgeeier weiter. Ende Februar beharrte die DB auf Landverschickung und halbierte sogar noch das Abfindungsangebot.

Was gäbe es denn noch zu diskutieren?

Wenn nur Arbeitskampf hilft, damit die DB uns Arbeitsplatzgarantien gibt, wenn wir wegen Krankheit, Personunfällen oder Rationalisierung nicht mehr arbeiten können, dann muss gestreikt werden. Nur so geht es in den Verhandlungen voran!

Wer soll es noch glauben

Mehrere Tage sind Türen am Talent verschlossen. Ersatzfahrpläne mit „Traditionszügen“ aus Lok und Wagen werden wegen der „Wintersituation“ (?) wochenweise vorgeplant. Das Management scheint die Pönalezahlungen wohl nicht so richtig ernst zu nehmen.

Sollte der ganze Schnickschnack nur dazu dienen auf uns den Druck zu erhöhen, damit die „lieben Mitarbeiter“ brav ducken und nicht aufmucken?

Was soll Fassi erfassen?

Fassi soll noch dieses Jahr umgesetzt werden. Die S-Bahn hat ihre Wunschliste vorgelegt.

Sicher, der Rucksack würde künftig leichter. Aber was ist mit all den Spielchen, die das System auch erlaubt... unsere Köpfe würden voller, die Datensammlungen über uns auch und der Zeitdruck könnte steigen?

Signalüberfahrten

...sind das Signal, dass die Belastungsstudie von den S-Bahn-Chefs noch immer nicht ernst genommen wird!

Ein Paket, auf das wir gerne verzichten

Ende Februar diskutierte das EU-Parlament über das 4. Eisenbahnpaket. Es geht um noch stärkere Privatisierung auf der Schiene und der Straße, einschließlich Fahrscheinverkauf. Nebenbei wird versucht, das Streikrecht der Bahner durch die Verpflichtung zu „Minstdiensten“ einzuschränken.

Trotz Paragrafendschunzel ist deutlich erkennbar, um was es geht: Die europäischen Bahnkonzerne kloppen sich um das größte Stück Torte. Und was für eine Torte: Immerhin beträgt der Umsatz des europäischen Eisenbahnsektors 73 Mrd. €. 2009 zahlten die Staaten 20 Mrd. € für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen und 26 Mrd. € für Infrastruktur.

Egal, wie das Paket am Ende gefüllt sein wird, was die Torte angeht, die ist allein für die Unternehmen.

Die EU-Parlamentarier wurden allerdings in ihrem Gemauschel etwas gestört. Tausende Bahner verschiedener Länder protestierten in Straßburg gegen Privatisierung und für ihre Arbeitsplätze.